

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

6.2.1890 (No. 36)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 6. Februar.

№ 36.

Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Ämtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 1. Februar 1890 ist Folgendes bestimmt:

1. Badisches Leib-Grenadierregiment Nr. 109: v. Grootte, Secondelieutenant vom Infanterie-Regiment Freiherr von Sparr (3. Westfälisches) Nr. 16, und Frhr. v. Beauclieu-Marcoussay, Secondelieutenant vom Infanterie-Regiment Prinz Friedrich der Niederlande (2. Westfälisches) Nr. 15, werden in obiges Regiment versetzt.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 5. Februar.

Die Krisis im französischen Ministerium ist, wenn sie überhaupt einen für den Fortbestand des Ministeriums gefährlichen Charakter angenommen hatte, was von den Regierungsblättern geläugnet wird, wieder überwunden; das Kabinet Tirard bleibt im Amte und diejenigen Pariser Blätter, die schon das Fell des Bären vertheilten, ehe er erlegt war, haben das Nachsehen. Der „Temp“ redet heute in seinem Dementi über die Gerüchte von einer Kabinettsfrage eine sehr bestimmte Sprache; er sagt: „Bisher haben wir die von gewissen Blättern ausgestreuten Gerüchte über eine Ministerkrisis nicht erwähnt; da sie sich aber in diesen Blättern hartnäckig auf der Tagesordnung halten, so sei ein für allemal mitgetheilt, daß sie unbegründet sind. Es gibt keinerlei Krise innerhalb des Kabinetts. Alle Minister bleiben auf den Posten, die sie inne haben und die sie niemals verlassen wollen.“ Meinungsverschiedenheiten im Ministerium Tirard haben, obgleich dasselbe politisch ja ziemlich einheitlicher Natur ist, öfters bestanden, aber sie haben den Fortbestand des Kabinetts nicht unmöglich gemacht und auch diesmal sind sie zum Austrage gebracht worden, ohne das Band, welches die Minister zusammenhält, zu sprengen. Auf wie lange Zeit hinaus die Krisengefahr abgewandt ist, das ist freilich eine andere Frage, denn an persönlichen und sachlichen Gegensätzen fehlt es auch im Ministerium Tirard nicht, es ist keine bestimmte Richtungslinie für das Kabinet gegeben, da es auch in der neuen Kammer an einer einheitlichen Regierungsmehrheit fehlt; das letztere hat der Mißerfolg der kürzlich stattgehabten Plenarversammlung der republikanischen Abgeordneten von neuem gezeigt. Aber einstweilen ist doch die Thatsache zu konstatiren, daß das Kabinet Tirard in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung an der Spitze der Staatsverwaltung bleibt und daß es Aussicht darauf hat, seinen Geburtstag zu feiern, was ihm bei seiner Bildung Niemand in Frankreich prophezeit hätte. Dieser Geburtstag ist der 22. Februar; an diesem Tage des Jahres 1889 kam nach schweren Mühen das Kabinet Tirard zu Stande und es hat sich, trotzdem ihm zu Anfang die Lebensfähigkeit abgesprochen wurde, länger behauptet, als die meisten Ministerien der französischen Republik; denn von den 23 Vorgängern des Kabinetts Tirard sind nur 7 in der Lage gewesen, den Jahrestag ihrer Bildung zu feiern.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Washington hat der Senat gestern den Samoa-Vertrag ratifizirt. Diese parlamentarische Entscheidung war nicht ohne weiteres zu erwarten, da von demokratischer Seite der Vertrag heftig angegriffen und abfällig kritirt wurde. Die Demokraten bilden nun zwar im Senate der Vereinigten Staaten die Minderheit, sie sind dort nur 38 Mann stark, während die republikanische Partei 46 Mandate zählt; da aber, wie schon in der Dienstagsnummer umf. Blts. hervorgehoben wurde, zur Genehmigung von Staatsverträgen eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, konnte der Samoa-Vertrag die verfassungsmäßige Zustimmung des Senats nur dann erhalten, wenn ein Theil der Demokraten sich in dieser Frage vom Gros der Partei trennte. Das dürfte, nach der Meldung von der erfolgten Ratifikation des Vertrags zu schließen, in der That geschehen sein.

Preussland.

* Berlin, 4. Febr. Seine Majestät der Kaiser empfing am gestrigen Nachmittage den Hofbaurath Jhne behufs einer Besprechung der Ausgestaltung des Cosander'schen Portales und des Kaiser Wilhelm-Denkmal nach Fall der Schlossfreiheit. Am heutigen Vormittage empfing Seine Majestät der Kaiser zur Entgegennahme von Borträgen den kommandirenden Admiral Viceadmiral Freiherrn v. d. Goltz, sowie den Chef des Marinekabinetts Freiherrn v. Senden-Vibran und um 11 Uhr den Staatssekretär im Reichsmarineamt Contreadmiral Hensner.

Um 12 Uhr arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Militärkabinetts Generalleutnant v. Dahnke und nahm militärische Meldungen entgegen. Nachher hatten der Oberbaurath im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Endell, der Ceremonienmeister Frhr. v. d. Knefbeck-Milendonk und der Ceremonienmeister Lebrecht v. Koge die Ehre des Empfangs.

Die Standarte auf dem Palais der Kaiserin Augusta, welche in den letzten Wochen auf Trauermast wehte, ist jetzt ganz eingezogen. Auf der Linde des Schlosses und dem Palais der Kaiserin Friedrich sind die Standarten jetzt wieder hochgehigt.

Das zu Genf bestehende Comité international des Rothen Kreuzes, Präsident Hr. G. Moynier, hat ein Zirkular an die Vereine vom Rothen Kreuz versandt, welches die Gründung eines „Fonds Augusta“ zum Gegenstand hat. Die verstorbene Kaiserin Augusta, heißt es darin, nahm in der Vereinigung zum Rothen Kreuz eine ganz besondere Stellung ein, welche sie mit seltenem Jartgefühl und unermüdblichem Eifer ausfüllte. Sie zeigte nicht nur durch ihr Beispiel, was im eigenen Lande zum Besten der Vaterlandsvertheidiger in Krieg und Frieden geschehen kann, sondern sie trug auch besonders dazu bei, unter den Vereinen des Rothen Kreuzes verschiedener Länder den Geist der Eintracht und des Zusammenwirkens zu pflegen. Es wird kaum möglich sein, in dieser Hinsicht sie zu ergehen. Aber sie setzte auch jedes Jahr eine bedeutende Summe aus, um Fortschritte hinsichtlich dieses edlen Zweckes hervorzuheben. So sind dem Vorgehen der Kaiserin Augusta die schönen Arbeiten von Esnarch über Kriegschirurgie, von Lüder über die Genfer Konvention und neuerdings über den Bau transportabler Baracken zu verdanken. Diese Erinnerungen legten dem Internationalen Comité des Rothen Kreuzes den Gedanken nahe, eine Stiftung zu begründen, welche die Spenden der Verstorbenen ersehe und ihr Andenken verewige. Beiträge zur Gründung dieser Stiftung sollen an Herrn Gust. Moynier, Rue de l'Athénée Nr. 8 in Genf, eingekandt und von dem Comité sicher angelegt werden. Jährlich am 7. Januar, dem Todestag der Kaiserin Augusta, wird eine Uebersicht über den Stand der Stiftung aufgenommen und veröffentlicht werden. Die alle fünf Jahre zusammentretenden internationalen Versammlungen der Vereine vom Rothen Kreuz sollen über die Verwendung der Zinsen der Stiftung verfügen, in eiligen Fällen das Internationale Centralcomité allein unter Zuziehung von Delegirten der Centralcomité's der sechs Großmächte, unter der Voraussetzung, was England betrifft, daß die „Nationale Gesellschaft zum Wohl verwundeter und kranker Krieger“ ihre ablehnende Haltung gegenüber allen anderen Vereinen vom Rothen Kreuz aufhebe.

Zu dem heute beim Reichskanzler Fürsten Bismarck stattgehabten parlamentarischen Diner traf um 6 Uhr seine Majestät der Kaiser ein. Allerhöchstersebe wurde vom Reichskanzler und der Fürstin Bismarck, sowie den Grafen Herbert und Wilhelm Bismarck empfangen und führte die Fürstin zu Tisch. Der Monarch saß an der linken Seite der Fürstin und gegenüber dem Reichskanzler, dem Seine Majestät im Verlaufe des Dinners wiederholt zutraf. Der Kaiser zeichnete besonders den Abg. Dr. Wiquel durch eine längere Unterredung aus, zu welcher später Frhr. v. Stamm zugezogen wurde. Der Kaiser unterhielt sich dann längere Zeit mit einzelnen Gruppen. Der Kaiser verließ das Palais des Reichskanzlers um 11 Uhr.

Im deutschen diplomatischen Dienst sind mehrere Veränderungen eingetreten. Diesige Blätter berichten darüber folgendes: Der Legationssekretär Rieder-Jänisch, der bisher als überzähliger Botchaftssekretär in Wien beschäftigt war, ist nach Buenos Aires versetzt. Der Legationsrath Graf Vythum-Gstädt, der hami tenverhältnisse halber eine Zeit lang zur Disposition gestellt war und seine Stelle als zweiter Botchaftssekretär in Petersburg aufgegeben hatte, wird bis zum Freiwerden einer andern etatsmäßigen Stelle bei der Bottschaft in Wien beschäftigt. Legationsrath Prinz Thurn und Taxis, etatsmäßiger Sekretär bei der Gesandtschaft in Dresden, und Legationssekretär Prinz Lidnowsky, zweiter Botchaftssekretär in Konstantinopel, haben mit ihren Stellen getauscht.

Der neuernannte Handelsminister v. Berlepsch tritt sein Amt morgen, Donnerstag den 6. Februar, an.

Major Wismann befindet sich, wie gemeldet wird, gegenwärtig in Sanibar. Die Anwerbungen der Truppen für den Kriegszug nach dem Süden, welcher im April stattfinden soll, nehmen einen guten Fortgang.

Major Liebert vom Großen Generalstab wird sich voraussichtlich am 9. März nach Sanibar begeben, um dort mit Major Wismann eingehende Beratungen

über die weiteren Aufgaben der Schutztruppen und die Wege, sie zu erfüllen, zu pflegen. Major Liebert hat seit der Abreise der Herren Wismann und Frhr. von Graevenreuth die Vertretung der deutschafrikanischen Schutztruppe hier selbst geführt und als Kommissar der verbündeten Regierungen im jüngsten Reichstag mit großem Erfolge die Nachtragsforderung wegen der weiteren Kosten der Wismann'schen Expedition vertheidigt.

Dem Bundesrath ist der Gesetzentwurf betreffend Einführung von Gewerbeschiedsgerichten zugegangen. Derselbe zerfällt in fünf Abschnitte, welche behandeln: die Errichtung und die Zusammensetzung der Gewerbegerichte, das Verfahren vor den Gerichten, die Thätigkeit derselben als Einigungsamt, das Verfahren vor dem Gemeindevorsteher, Schlußbestimmungen. Der „Köln. Ztg.“ gehen über den Gesetzentwurf nachstehende Mittheilungen zu:

Der grundlegende § 1 lautet: „Für die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und ihren Arbeitgebern können Gewerbegerichte errichtet werden. Die Errichtung erfolgt durch Ortsstatut nach Maßgabe des § 142 der Gewerbeordnung. Soll das Gewerbegericht für mehrere Gemeinden errichtet werden, so wird das Ortsstatut für jede dieser Gemeinden abgefaßt. Für den Bezirk eines weiteren Kommunalverbandes erfolgt die Errichtung nach Maßgabe der Vorschriften, nach welchen Angelegenheiten des Verbandes statutarisch geregelt werden. Die Errichtung kann auf Antrag betheiligter Arbeitgeber oder Arbeiter durch Anordnung der Landescentralbehörde erfolgen, wenn ungeachtet einer an die betheiligten Gemeinden oder den weiteren Kommunalverband ergangenen Aufforderung innerhalb der Gesetzesfrist die Errichtung auf dem in Absatz 2 und 3 vorgesehene Wege nicht erfolgt ist. Vor der Errichtung sind sowohl Arbeitgeber als Arbeiter der hauptsächlichen Gewerbebranche und Fabrikbetriebe in entsprechender Anzahl zu hören.“ Nach § 2 gelten als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes diejenigen gewerblichen Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge), auf welche der siebente Titel der Gewerbeordnung Anwendung findet, einschließlich der Arbeiter in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Bräuden und Gruben. Im übrigen gelten auch solche Personen als Arbeiter, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb deren Arbeitsstätten beschäftigt sind. Die Gewerbegerichte sind zuständig für Streitigkeiten 1. über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses sowie über die Ausschüldigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses; 2. über die Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältnisse; 3. über die Berechnung und Anrechnung der von den Arbeitern zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge. Die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte wird durch die Gewerbegerichte nicht ausgeschlossen. Die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung des Gerichts werden durch die Einnahmen gedeckt oder von der Gemeinde oder dem weiteren Kommunalverbande getragen. Für jedes Gewerbegericht sind ein Vorsitzender, dessen Stellvertreter und mindestens ein Beisitzer zu berufen. Die Mitglieder müssen das 30. Lebensjahr vollendet und in den letzten drei Jahren für sich oder ihre Familien keine öffentliche Unterstützung empfangen und im Gerichtsbezirk seit mindestens zwei Jahren Wohnung oder Beschäftigung gehabt haben. Die Berufung erfolgt auf mindestens ein Jahr und auf höchstens fünf Jahre und darf wiederholt werden. Vorsitzende und Stellvertreter dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeiter sein, sondern werden durch den Magistrat beziehungsweise nach Statutbestimmung durch die Landescentralbehörde oder die Gemeindevertretung gewählt. Die Beisitzer müssen zur Hälfte Arbeitgeber, zur Hälfte Arbeiter sein; zur Wahl berechtigt ist nur, wer das 25. Lebensjahr vollendet, drei Jahre keine Armenunterstützung empfangen hat u. s. w. Das Verfahren regelt sich nach den Vorschriften der Civilprozeßordnung für die Amtsgerichte. Das Gewerbegericht kann auch als Einigungsamt angerufen werden.

Im Abgeordnetenhause wurde heute die Statsberatung fortgesetzt. Auf mehrseitige Anregung erklärte der Finanzminister von Scholz, die Verwaltung sei auf das Ernsteste bemüht, den Uebelständen des Katasterkontrollwesens ein Ende zu machen. Eine Veränderung im Rang und amtlichen Charakter der Katasterkontroleure sei sehr bedenklich, da sie eine unabsehbare Folge von Ansprüchen ähnlicher Beamtenklassen haben würde. Der Etat der direkten Steuern wurde hierauf genehmigt. Bei der Berathung über den Etat der indirekten Steuern vertheidigten die Abgg. Schalscha, Gremer, Arendt, Graf Kanitz, v. Erffa und v. Kardorff die Schutzzölle gegen Brömels Behauptung, die Getreidezölle hätten eine Steigerung der Brodpreise veranlaßt. Nach längerer Debatte wurde die Sitzung abgebrochen.

Der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge wird demnächst eine umfassendere Neuordnung der Fahrpläne des Direktionsbezirks Bromberg eintreten. Der betreffende Entwurf fand in dem Birkseisenbahnrath allseitig lebhafteste Anerkennung, insbesondere seitens der Vertreter von Memel, Tilsit, Jasterburg, Königsberg, Danzig, Thorn und Bromberg.

München, 4. Febr. In der Abgeordnetenkammer leitete heute der Abg. Freiherr v. Stauffenberg in einer nahezu zweistündigen Rede die allgemeine Erörterung

über den Eisenbahnetat ein. Die Klagen, welche im letzten Sommer in der Presse und auch von dem Eisenbahnpersonal über die Eisenbahnverwaltung erhoben wurden, seien Punkt für Punkt von ihm als Referenten und vom Finanzausschuss aufs genaueste untersucht worden und hätten sich zum allergrößten Theile als unbegründet und als übertrieben erwiesen. Der Minister Freiherr v. Crailsheim dankte dem Referenten sowie dem Ausschuss für diese eingehende und objektive Prüfung. Morgen wird Frhr. v. Stauffenberg seine Berichterstattung fortsetzen.

Strasburg, 4. Febr. Der Landesausschuss beschäftigte sich heute mit der Berathung des Etats. Unterstaatssekretär Schraut erklärte die Finanzlage für günstig, der Stand der Industrie sei hochbefriedigend und theilweise glänzend. Eine Verständigung in den Kanalfragen wäre erwünscht. Das Reichsland werde in der Erhöhung der Beamtengehälter dem Vorgehen des Reiches und Preußens folgen. Auf eine Interpellation wegen des Postzwanges antwortete Unterstaatssekretär v. Köller, die Maßregel sei zwar hart, aber notwendig und werde möglichst milde ausgeführt; er warnte vor Uebertreibungen und Klagen über Härte, dagegen erklärte er sich gern bereit, gerechtfertigte bestimmte Klagen entgegenzunehmen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 4. Febr. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem nichtamtlichen Theil zwei Verordnungen des Justizministeriums vom gestrigen Tage; die erste betrifft die Einsetzung einer Kommission bei dem Oberlandesgericht in Prag zu dem Zwecke einer theilweisen Umgestaltung gewisser Bezirke und Kreisgerichtsprengel, die zweite Verordnung betrifft die Besetzung der Dienststellen bei den böhmischen Gerichten. Beide Verordnungen stehen mit dem deutsch-czechischen Ausgleich in Zusammenhang. Unter dem Eindrucke dieses Ausgleichs ist nun das Abgeordnetenhaus zur Wiederaufnahme seiner Thätigkeit zusammengetreten. Man nahm an dem parlamentarischen Gesamtbilde keinerlei Aenderung wahr. Die Fraktionen bezogen ihre alten Standquartiere und die gesammte Aufstellung der Parteien blieb die gleiche. Ob es auch für die Dauer so und nicht anders bleiben, ob sich der deutsch-böhmische Ausgleich ohne jede weitere Mitwirkung auf die Verhältnisse im Centralparlamente erweisen wird, diese Frage beschäftigt zur Zeit am angelegentlichsten die öffentliche Meinung Oesterreichs. Der Ausgleich ist vorerst eine böhmische Angelegenheit, aber sofern von demselben eine tiefgreifende Einwirkung auf die Parteiverhältnisse des Abgeordnetenhauses erwartet werden kann, kann er zu einer Reichsangelegenheit werden, welche an Bedeutung dem provinziellen Charakter der Frage nicht nachstehen dürfte. Der Parlamentarismus, das moderne Parteiwesen ist ja ein Mechanismus, in dem eine jede Verschiebung gegebener Verhältnisse sofort ihren Einfluß ausübt. Die Startheit der nationalen Parteiorganisation ist überwunden, die parlamentarischen Verhältnisse sind dadurch einer Beweglichkeit und Biegsamkeit fähig geworden, welche mit der Zeit von großer Wichtigkeit werden kann. So sagt auch das „Fremdenblatt“ die Lage der Dinge auf. Das Blatt sagt in einem Artikel am Wiederbeginn der Abgeordnetenitzungen: „Die parlamentarische Situation wird wohl noch längere Zeit hindurch an der Oberfläche die bisherige Unbeweglichkeit zur Schau tragen. Vielleicht wird die rasche Erledigung des Budgets gegenwärtig noch das einzige Symptom bleiben, welches auf einen neuen parlamentarischen Umbildungsprozess hindeuten wird. Allmählig jedoch werden die in der Tiefe des politischen und des nationalen Lebens geschaffenen Umänderungen auch nach außen zum Ausdruck gelangen und die Organisation der Kampfparteien durchlöchern, um eine andere Grundlage für das politische Leben des Reiches zu schaffen. Schon gegenwärtig wird die Majorität des Abgeordnetenhauses in wesentlicher Beziehung unter dem Einflusse des deutsch-czechischen Friedens stehen. Sie wird bei jeder Aktion darauf Rücksicht nehmen müssen, daß die Czechen keinerlei Interesse mehr an der Bekämpfung der Deutschen haben können, und zum Deutschthum insofern in keinem Gegenlage mehr stehen, als die nationalen Rechte der Czechen in Böhmen bereits verbrieft sind und über dieselben hinaus Erfolge nicht erzielt werden können, noch mit Rücksicht auf den Frieden im Lande erwünscht wäre. Diese mit der Zeit unabwendbare und unabweisbare Rückwirkung des böhmischen Ausgleichs auf die inneren Verhältnisse der Reichsvertretung drückt diesem Werke die wahre historische Bedeutung auf, erhebt die provinzielle Angelegenheit zu einer Reichsfrage ersten Ranges und kann mit der Zeit aus dem böhmischen Landesfrieden den nationalen Reichsfrieden machen, welcher, die nationale Parteiorganisation des Parlaments durchbrechend, eine andere bilden könnte, welche bestimmt wäre, das konstitutionelle Regierungssystem eines national verführten und befriedigten Oesterreich zu tragen.“

Italien.

Rom, 4. Febr. Der Kriegsminister, General Bertolone, ist an Bronchitis erkrankt. — Die Kolleinnahmen im Januar 1890 übersteigen diejenigen des gleichen Monats im Vorjahre um beinahe 4 Millionen.

Belgien.

Brüssel, 4. Febr. Die erste Kommission des Antislavereikongresses beriet heute die Maßregeln durch betr. den Schutz der Karawanenstrassen und Verhinderung des Sklaventransports zu Lande. Ueber die Mehrzahl der notwendigen Anordnungen wurde ein Einverständnis erreicht.

Frankreich.

Paris, 4. Febr. Der Ministerrath, der heute im Elysee tagte, beendigte die Prüfung des Budgets. In

zwölf Tagen wird der Finanzminister Rouvier das Budget vorlegen. Seinen Vorschlägen gemäß wird es die Reform der Getränke- und der Grundsteuer und die Aenderung der Zuckersteuergesetzgebung in Betracht ziehen und die Einheitlichkeit des Budgets durch Einreichung des außerordentlichen Kriegsbudgets in das ordentliche Budget herstellen. Das außerordentliche Budget wird also in Zukunft fortfallen. — Die Kammer setzte heute die Diskussion über die Einsetzung großer parlamentarischer Kommissionen fort. Francis Charnes bekämpfte den Antrag als unnütz und gefährlich. Die Berathung wurde schließlich auf Donnerstag vertagt. — In einer Sitzung der Nationalen Gesellschaft zur Beförderung des Ackerbaues besprach Präsident Foucher die Erneuerung der Handelsverträge 1892 und betonte, der Artikel 11 des Frankfurter Vertrages könne, richtig angewendet, zum Schutze Frankreichs dienen.

Spanien.

Madrid, 5. Febr. (Tel.) Der Herzog von Montpensier ist gestern Abend um 8 Uhr plötzlich in San Lucar gestorben. (Anton Maria Philipp Ludwig von Orleans, Herzog von Montpensier, war zu Reuil am 31. Juli 1824 geboren und vermählte sich am 10. Oktober 1846 mit der Prinzessin Marie Luise Ferdinande, Infantin von Spanien, einer Schwester der Königin Isabella II.)

Großbritannien.

London, 4. Febr. Der von seiner Krankheit wiederhergestellte Premierminister Lord Salisbury wird morgen von seinem Landhause Hatfield nach London kommen, um einem Ministerrath vorzusitzen, in welchem der Wortlaut der Thronrede zur Eröffnung des Parlaments festgestellt werden soll. Auch Lord Derby, das Haupt der liberalen Unionisten im Oberhause, und Barnell, der Führer der irischen Partei im Unterhause, haben jetzt ihre Getreuen zur Parlamentsöffnung aufgeboten, jener in farbloser Einladung, dieser mit der Mahnung, daß gerade in der kommenden Session bei vielfachen Gelegenheiten der irischen Sache wirksame Dienste zu leisten sein werden. — Lord Hartington hat des ungünstigen Wetters wegen seine Reise nach Aegypten aufgeschoben. Er bedarf nach seiner heftigen Erkrankung bekanntlich einer Erholung und wird als Führer der liberalen Unionisten im Unterhause durch Sir Henry James ersetzt werden.

Serbien.

Belgrad, 4. Febr. Der König telegraphirte dem Czaren seinen Dank für die Uebersendung des ihm vom Czaren übersandten Porträts. — Das „Amtsblatt“ veröffentlicht die Ernennung des Generals Bogicewitsch zum Kommandanten der Donaudivision, sowie andere Personalveränderungen bei den höheren Kommando's. — Die „Agence Belgrade“ bestätigt die Meldung, daß die Regierung der Stupschina eine Vorlage betr. Erhebung von Zuschlägen von Ländereien und Gemeinden behufs successiver Ergänzung der Heeresausrüstung und Bewaffnung vorlegen werde. — Der montenegrinische Minister des Auswärtigen, Bukowitsch, ist nach Konstantinopel abgereist.

Zeitungsstimmen.

Die „Hamburger Nachrichten“ führen aus: „Fortfahren auf dem Wege der positiven Reformen, das ist das Eine, was die Aufgabe der Erhaltung und Sicherung des sozialen Friedens erfordert; das Andere ist die Bekämpfung der Gegner dieses Friedens, d. h. der Sozialdemokratie. Man hat von einem berechtigten Kerne der sozialdemokratischen Bewegung gesprochen, das ist eine unrichtige, irreführende Rede. Ein berechtigter Kern liegt in der Arbeiterbewegung; an der Sozialdemokratie als solcher ist nichts, rein gar nichts berechtigt. Denn wenn es in der That auch in ihren Reihen Männer gegeben hat, die ehrlich zu einer Besserung der Lage der arbeitenden Klassen auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung mitgewirkt haben, so war das nicht eine Betätigung ihrer spezifisch sozialdemokratischen, sondern einer allgemein menschenfreundlichen Gesinnung, die sie mit Angehörigen sonstiger Parteien gemein hatten. Die Sozialdemokratie hat für die Verwirklichung ihrer Pläne die Zerstörung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zur Voraussetzung; darum darf sie den Arbeiter zu einem Gefühle des Betriedigtseins, des Sichwohlbehaltens auf dem Boden dieser Ordnung überhaupt nicht kommen lassen, und wenn ihn Staat und Gesellschaft in verschwendlicher Fülle mit Wohlthaten überhäufen. Somit gibt es für jeden, der den sozialen Frieden ehrlich will, keine klarere, selbstverständlichere Pflicht, als der Sozialdemokratie überall, wo er auf sie stößt, mit allen ihm zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten. Ganz unsachbar dünkt es jedem Unbefangenen, daß es einen deutschen Bürger von gesunden fünf Sinnen geben könnte, der, obgleich er die Ziele und das Treiben der Sozialdemokratie verwerft, ihr dennoch bei den Reichstagswahlen in die Hände arbeiten sollte. Wir wissen, es fehlt nicht an Leuten, die vom Parteianatismus so verblendet sind, daß sie lieber einen Sozialdemokraten, als einen Anhänger der Kartellparteien in den Reichstag einzulassen suchen möchten, angeblich aus Furcht vor einer drohenden Reaktion. Wie aber denken sich diese Politiker die Zukunft, wenn die Sozialdemokratie mit ihrer Hilfe zu einer immer größeren Macht in Deutschland ansteht? Wer sich also die Aufrechterhaltung der bestehenden Rechte und Freiheiten zur obersten Aufgabe macht, der hat in diesem Wahlkampfe keine heiligere Pflicht, als wie und wo er kann, den Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Wer etwa anders handelt, der verkennt den Ernst der Zeit, sündigt gegen das Vaterland und gegen sich selbst, denn er hilft denen, die den Akt absägen, auf dem er sitzt.“

Zu den Erzählungen der „Autorität“, Graf Schleinitz habe 1868 der Gräfin Pourtales ihre Vorliebe für Paris vorgeworfen und gesagt, wenn die Gräfin nicht zu uns zurückkehren will, werden wir das schöne Elsaß nehmen müssen, bemerken die „Berl. Polit. Nachr.“, daß Vorstehendes vollständig unrichtig sei, da Schleinitz zu den eifrigsten Gegnern eines Krieges mit Frankreich gehörte. — Zu den weiteren Bemerkungen desselben Blattes, Oberst Stoffel sei bei den Königsmanövern in Pom-

ern 1869 in Stettin mit Steinen und Kies beworfen und geschimpft worden, konstatiren die „Berl. Polit. Nachr.“, Stoffel sei in der lebenswürdigen Weise aufgenommen worden. Er folgte nach der Beendigung der Manöver einer Einladung des Fürsten Bismarck nach Varzin und verweilte mehrere Tage als Gast des Kanzlers daselbst. Später lehrte er nach Berlin zurück mit den angenehmen Eindrücken von Pommern und seinen Bewohnern.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 5. Februar.

Heute Vormittag von 10 Uhr an ertheilte Seine Königliche Hoheit der Großherzog den nachverzeichneten Personen und Abordnungen Audienz bis 2 Uhr: dem Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofs Wielandt, dem Geheimrath Frey, Vorstand des Verwaltungsgerichts der Generalbrandkasse, dem Direktor der Allgemeinen Versorgungsanstalt Claus, dem Oberlandesgerichtsrath Weidmann, dem Oberregierungsath Stug bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, dem Großherzoglichen Hofarzt Dr. von Seyfried, dem Oberamtsrichter Lederele in Freiburg, dem Stationskontroleur Deisler in Bruchsal, dem Amtsrichter Freiherrn von Babo in Pforzheim, dem Direktor der Heil- und Pflanzanstalt Illenau, Geheimen Hofrath Dr. Schüle, dem Fabrikanten Holzmann in Weissenbach, Mitglied des Deutschen Reichstages, dem Direktor des Realprogymnasiums in Ettenheim Höhler, dem Hauptamtskontroleur Derndinger in Heidelberg, dem Hofrath und Professor Dr. Bittschli an der Universität Heidelberg, dem Referendar Dr. Freiherrn v. Dusch in Heidelberg, dem Professor Jost an der Höheren Bürgerschule in Sinsheim, dem evangelischen Stadtpfarrer Krayer in Bretten, dem Amtsrichter Meyer in Sengenbach und dem Domänenrath Schenk dahier; einer Abordnung des Gemeinderaths Sengenbach, bestehend aus dem Bürgermeister Jermann und dem Gemeinderath Pfaff, ferner den Abordnungen aus Furtwangen, bestehend aus dem Bürgermeister Grieshaber und dem Fabrikanten Furtwängler, aus Triberg, bestehend aus dem katholischen Stadtpfarrer Winter und dem Bürgermeister Bühler, sowie der katholischen Stiftungskommission Karlsruhe-Mühlburg, bestehend aus dem Pfarrkurat Graf, dem Revisor Singer in Mühlburg und dem Bürgermeister Fahrer in Grimwintler.

Nachmittags bis Abends hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimraths Freiherrn von Ungern-Sternberg und des Legationssekretärs Freiherrn von Babo. Gestern Abend 8 Uhr waren die Vertreter des Herrn Edison mit dem von demselben erfundenen Apparat des Phonographen hier im Großherzoglichen Schlosse anwesend, um den Höchsten Herrschaften die Erfindung zu erklären und durch Anwendung darzustellen.

* (Dem „Staats-Anzeiger für das Großherzogthum Baden“) Nr. 3 entnehmen wir, daß der von der Reichsgemeinde Waldwimmerbach aus den zwei aufgetretenen Bewerbern gewählte und präferirte Pfarrverwalter R. Eder in Waldwimmerbach zum Pfarrer daselbst ernannt wurde. — Gerichtsvollzieher J. Kräuter in Mannheim wurde zum Amtsgericht Achern, Gerichtsvollzieher J. Voß in Eberbach zum Amtsgericht Mannheim und Gerichtsvollzieher J. B. Ott in Engen zum Amtsgericht Eberbach veretzt. — An Stelle des mit Tod abgegangenen Groß. Bezirksbauinspektors Lang in Ofenburg wurde der Groß. Bezirksbauinspektor R. Benius in Donaueschingen als Sachverständiger für solche Untersuchungsfälle öffentlich bestellt, in welchen Fragen aus dem Gebiete der Baukunst, Bautechnik und Baupolizei zu begutachten sind.

* (Der evangelischen Diakonissenanstalt) wurde von Frau Gräfin von Rhena zu den Kosten für die Erweiterungsbauten ein weiterer Beitrag von 100 Mark zugewendet. Für das Diakonissenhaus wurden der Anstalt von der verstorbenen Frau Sophie Stäble, geb. Schmidt in Bahndricken, 100 M. überwiesen.

2 (Vortrag.) Wie wir bereits berichteten, wird auf Veranlassung der hiesigen Kolonialgesellschaft, ferner des Naturwissenschaftlichen und des Geographischen Vereins am Donnerstag den 13. Februar, Abends 7 Uhr, in dem freundlichst zu diesem Zwecke überlassenen großen Museumsaal ein Vortrag des Marineparrers Wangemann aus Kiel über: „Leben und Treiben in Sansibar“ — nach eigener Anschauung — gehalten werden. Seine Vorträge sind überall mit vielem Beifalle aufgenommen worden. Dieselben werden zu Gunsten eines neu zu erbauenden Krankenhauses in Sansibar gehalten. Es soll eine Fierde des deutschen Namens werden und ein ächter Mittelpunkt für die leibliche und geistige Aufzucht und Erhaltung unserer Landsleute. Den allein zu diesem Bau passenden Platz, zwischen dem französischen Hospital und dem deutschen Konsulat belegen, hat der Sultan Seyid Chalifa ben Said zur Verfügung gestellt. Von den Kosten, welche auf 200 000 M. veranschlagt sind, ist schon ein bedeutender Theil durch freiwillige Gaben aufgebracht, so daß in nächster Zeit mit dem Bau begonnen werden kann. Die Pläne des neuen Hauses kann Marineparrer Wangemann nächsten Donnerstag mit vorlegen. Hoffentlich wird auch in unserer Stadt diesem bedeutungsvollen Unternehmen recht viel Interesse und in Form von freiwilligen Spenden bei Gelegenheit des Vortrages eine reichliche Unterstützung entgegengebracht.

* (Der Aufruf), den der Landesausschuss der konservativen Partei „An die Konservativen Badens“ gerichtet hat, lautet nach der „Badischen Landpost“ folgendermaßen:

Der 20. Februar ruft uns wiederum an die Urne zur Wahl eines neuen Reichstags. Dieser Wahltag ist bestimmend für die Geschichte unseres Vaterlandes auf die nächsten fünf Jahre.

Da ist die Verantwortung für uns alle eine große, eine doppelt große aber angesichts der politischen Lage des Deutschen Reiches.

Gefahren bedrohen unser Vaterland von außen und von innen.

Die feindselige und mißtrauische Stellung unserer Grenzstaaten im Westen und im Osten bedeutet für uns eine dauernde große Gefahr.

Nicht minder aber ist unser Vaterland im Innern bedroht von Seiten der immer weiter um sich greifenden Sozialdemokratie

